



Angola: Ungelöste innenpolitische Herausforderungen ...

...verhindern den Aufstieg zur politischen Regional- und Kontinentalmacht

OLIVER DALICHAU

Juni 2011

- Angola wird dem eigenen Anspruch, eine politische Regional- und Kontinentalmacht zu sein, nicht gerecht. Ungelöste innenpolitische Herausforderungen verhindern ein größeres außenpolitisches Engagement.
- Die vermeintliche politische Stabilität und die auf den Ölexport gegründete wirtschaftliche Stärke lassen das Demokratiedefizit und das Fehlen politischer Freiheiten in den Hintergrund treten.
- Erst wenn die soziale Situation der Bevölkerung deutlich verbessert und die nationalen Probleme gelöst werden, könnte Angola eine bedeutendere internationale Rolle spielen.

Angola gehört zu den aufstrebenden Staaten Afrikas. Sowohl politisch, wirtschaftlich als auch im sicherheitspolitischen Bereich sieht sich das Land selbst mit einer großen Zukunft. Als Motor für die SADC-Region und als wichtiger Akteur der Afrikanischen Union (AU) hofft es nach jahrzehntelangem Bürgerkrieg auf eine wachsende internationale Bedeutung. Die gewaltigen Erdöl- und Diamantenvorkommen führen zu positiven Wachstumszahlen und machen Angola insbesondere für die USA und China zu einem begehrten Partner und wichtig für die notwendigen Rohstofflieferungen. Deutschland und Europa wollen ebenfalls profitieren und setzen dabei auch auf strategische, politische und wirtschaftliche Partnerschaften. Jedoch bleibt Angola auch neun Jahre nach dem Friedensschluss und trotz beginnendem Wiederaufbau hinter den eigenen Ansprüchen und Erwartungen, eine politische Regional- und Kontinentalmacht zu sein, zurück.

Eine erfolgreiche außenpolitische Strategie Angolas ist nicht in Sicht. Es fehlt an klaren Positionen, und Antworten auf die drängenden Fragen des Kontinents sind nicht vorhanden. Wenige Monate vor der Übernahme der SADC-Präsidentschaft für ein Jahr (ab August 2011) sieht es nicht danach aus, dass die Regierung in Luanda auf diese Herausforderung vorbereitet ist. Das Augenmerk ist nach innen gerichtet. Bei den schwelenden Konflikten in Madagaskar und Simbabwe gelingt es Angola nicht, erfolgreich zu vermitteln. Obwohl das Sekretariat der »Golf von Guinea-Kommission« seinen Sitz in Luanda hat, bleibt Angolas Rolle im Gremium politisch unausgefüllt. Der aktuelle Vorsitz in der Gemeinschaft portugiesischsprachiger Staaten (CPLP) dient dem Prestige, bleibt jedoch initiativlos. Außer durch Solidaritätsbekundungen für das Regime von Muammar Gaddafi ist Angola bislang nicht durch Initiativen aufgefallen, um den NATO-Einsatz in Libyen zu beenden und das Land zu stabilisieren. Dieses Feld wird dem südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma überlassen – auch dann, wenn er erfolglos bleibt. China investiert und baut in Angola Straßen, Bahnstrecken, Häuser – und erhält dafür vor allem Rohöl. Auch politisch kann sich die Regierung in Luanda der Unterstützung Pekings sicher sein. Kritik an der Regierungsführung ist nicht zu erwarten.

Der angolansische Staatspräsident bleibt auf internationaler Ebene nahezu unsichtbar: Im Mai 2011 nahm er (wieder einmal) nicht am SADC-Gipfel in Windhoek teil. Zum Treffen des *SADC Parliamentary Forums* im Juni in Ango-

la schickte er seinen Stellvertreter. Es ist kaum anzunehmen, dass das Land ein Interesse hat, das seit Monaten suspendierte SADC-Tribunal schnell wieder einzusetzen. Ebenso wenig ist mit der Unterstützung Angolas bei der Einrichtung eines SADC-Regionalparlaments zu rechnen. Mehr Beteiligung der Zivilgesellschaft bei den anstehenden regionalen Integrationsfragen steht auch nicht auf der Tagesordnung. Die Revolutionen in Nordafrika sieht die Regierung kritisch und ablehnend; sie unterstützte lange die Despoten und fürchtet ähnliche Entwicklungen im eigenen Land. Gleichwohl ändert sich die soziale Lage der Mehrheit der Angolaner nicht. Angola erlangt international kein stärkeres Gewicht, da bislang große politische Herausforderungen nicht gelöst sind.

Herausforderung 1: Die neue Verfassung – zwischen Theorie und Wirklichkeit.

Auch ein gutes Jahr nach der Verfassungsänderung bleibt das Dokument einer Mehrzahl der Angolaner unbekannt. Es ist gesellschaftlich nicht verankert, parteiübergreifend nicht abgestimmt und birgt weiterhin politischen Sprengstoff. Das Amt des Premierministers wurde abgeschafft, die Regierung wird fortan allein vom Staatspräsidenten geführt. Nach der neuen Verfassung beträgt die Amtszeit des Präsidenten fünf Jahre, eine zweimalige Wiederwahl ist möglich. Dem bereits heute dienstältesten Staatsoberhaupt Afrikas, José Eduardo dos Santos, wird so die erneute Kandidatur bei den nächsten Wahlen ermöglicht. Dies wird mit dem Argument »Stabilität und Frieden« positiv begründet; hemmende Faktoren wie mehr Freiheit, Pluralismus, Rechtsstaat, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und auch wirtschaftliche Entwicklung werden weitgehend ausgeblendet.

Mit der neuen Verfassung konzentriert sich noch mehr Macht auf die Person des Präsidenten – gleichwohl findet seine Wahl nur noch indirekt statt: Die politischen Parteien küren ihren Listenführer, und als gewählt gilt derjenige, dessen Liste die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann. Die bereits übermächtige Regierungspartei MPLA wird auch zukünftig in einem kleinen Kreis den Listenführer auswählen. Angeführt werden mag, dass damit bei Wahlen aufgrund starker Fokussierung auf einzelne Personen gewalttätige Konflikte (wie in Kenia oder der Elfenbeinküste) verhindert werden können: Den wahlberechtigten Bürgern wird jedoch in einem fakti-

schen Ein-Parteien-Staat die Möglichkeit genommen, sich für oder gegen eine Person zu entscheiden. Wahlen werden zur Farce, verschaffen jedoch international der Regierung eine pseudo-demokratische Legitimation. Ein offener Austausch über die Zukunft der Institutionen und des politischen Systems ist nicht erkennbar.

Herausforderung 2: Gesellschaftliche Freiheiten und Demokratie – Fortschritt oder Stagnation?

Der mit dem Friedensvertrag von 2002 eingeschlagene Weg der Demokratisierung und der nationalen Versöhnung stockt. Eine Änderung ist nicht in Sicht. Die regierende MPLA dominiert das öffentliche Leben auf allen Ebenen: Sie erhielt bei den Parlamentswahlen 2008 rund 82 Prozent der Stimmen, ist hierarchisch organisiert und in allen Landesteilen präsent. Durch ihre Vorfeldorganisationen beeinflusst sie – nahezu ohne Konkurrenz – die öffentliche Meinungsbildung. Während es in der Hauptstadt Luanda noch denkbar ist, außerhalb staatlicher oder halbstaatlicher Institutionen eine bezahlte Beschäftigung zu finden, ist dies in den Provinzen kaum möglich. Der starke politische Druck führt zu Anpassung oder innerer Immigration und einer Abkehr vom bürgerschaftlichen Engagement. Zivilgesellschaftliche Organisationen scheitern bislang daran, ein gesellschaftspolitisches Gegengewicht zu organisieren. Die Pressefreiheit ist eingeschränkt und die gesellschaftliche Beteiligung an politischen Prozessen nur in enger werdenden Grenzen möglich: Der straffe Polizei- und Sicherheitsapparat geht dabei gegen Störer oder potentielle »Staatsfeinde« rigoros vor. Eine unabhängige Justiz ist nicht existent, Richter und Staatsanwälte stehen unter dem starken Einfluss der Regierung.

Herausforderung 3: Anstehender Generationswechsel – wer wird neuer Staatspräsident?

Einen Wechsel an der Staatsspitze wird es so schnell nicht geben. Staatspräsident dos Santos (Jahrgang 1942) ist seit September 1979 im Amt – und wurde bisher noch nie in freien und fairen Wahlen mit einer Mehrheit der Stimmen gewählt.¹ Er regiert trotz angeschlagener Ge-

1. 1992 erhielt er gegen den UNITA-Kandidaten Savimbi im ersten Wahlgang zwar mehr Stimmen, der zweite Wahlgang wurde jedoch nicht mehr durchgeführt. Dos Santos blieb damit Übergangspräsident ohne demokratische Grundlage. 2008 konnte über ihn nicht abgestimmt werden.

sundheit mit harter Hand. Dabei setzt er auf ein familiäres, weitverzweigtes politisches und wirtschaftliches Patronagesystem, mit dessen Hilfe er sich die Loyalität der verschiedenen Mächte, darunter vor allem auch der angolanischen Streitkräfte, sichert. Diese sind ihm direkt unterstellt und oft indirekt von ihm begünstigt und mit ihm verbunden. Dos Santos vermittelt geschickt zwischen den konkurrierenden Interessen und stellt über kluge Entscheidungen ein wohltaiertes Gleichgewicht der Kräfte her. Es steht außer Zweifel, dass die Sicherheitskräfte loyal zu ihm stehen. Man akzeptiert allgemein, dass der Staatspräsident zugleich Oberbefehlshaber der Sicherheitskräfte ist. Dieser würde wahrscheinlich nicht zögern, sie einzusetzen und auf eine demonstrierende Bevölkerung schießen zu lassen.

Es ist davon auszugehen, dass Staatspräsident dos Santos bei den kommenden Wahlen erneut antritt. Ob er danach jedoch das Mandat volle fünf Jahre ausfüllen wird, ist ungewiss. Die auf ihn zugeschnittene Verfassung macht ihn zum Garanten der staatlichen Ordnung, den niemand zur Rechenschaft ziehen kann. Spekulationen über die Übernahme des Staatspräsidentenamtes durch den Generaldirektor der staatlichen Ölfirma SONANGOL, Manuel Vicente, treten sowohl das einflussreiche Militär als auch die starken Kräfte innerhalb der MPLA entgegen. Ob nach dos Santos' Rückzug reformorientierte Akteure die Oberhand gewinnen oder die »Hardliner« der MPLA noch größeren Einfluss als bisher erhalten würden, steht noch nicht fest.

Herausforderung 4: Freie und faire Parlamentswahlen im Jahr 2012 – und die Akzeptanz der Ergebnisse.

An einem Sieg der MPLA bei den anstehenden Parlamentswahlen gibt es keinen Zweifel. Einzig das Endergebnis steht noch nicht fest. Aktuell wäre die Zweidrittelmehrheit wohl kaum denkbar, damit verlöre die MPLA die Möglichkeit zu weiteren Verfassungsänderungen im Alleingang. Die Regierungspartei präsentiert sich weiterhin als alternativlos und stilisiert den Staatspräsidenten als den Garanten für Frieden und Sicherheit.

Der ehemalige Bürgerkriegsgegner, die UNITA, ist mit nur knapp zehn Prozent der Parlamentsmandate bereits heute marginalisiert. Sie teilt sich die parlamentarische

Opposition mit drei weiteren Kleinstparteien, die von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als politische Alternative wahrgenommen werden. Sie sind untereinander zerstritten, es fehlt ihnen an einem überzeugenden Programm und an charismatischen Akteuren. Sie gelten insgesamt als nicht regierungsfähig. Auch der 2010 überwiegend von Intellektuellen neugegründete »*Bloco Democrático*« setzt dem Regierungsprogramm keine mehrheitsfähige Alternative entgegen. Die Hoffnung, dass mit ihm eine neue politische Kultur wächst, gesellschaftliche Debatten öffentlich geführt werden und er sich als »Eisbrecher« zum verkrusteten System der MPLA entwickelt, haben sich ein gutes Jahr nach seiner Gründung nicht erfüllt. Die internationale Gemeinschaft wird auch 2012 – wie bereits 2008 – freie und faire Wahlen mit Einschränkungen attestieren. Die Oppositionsparteien werden zwar protestieren, die Ergebnisse jedoch akzeptieren und sich darauf beschränken, mehr Zugang zu den Ressourcen und den staatlichen Medien zu verlangen. Ein Ausbruch neuer, landesweiter gewalttätiger Auseinandersetzungen gilt als eher unwahrscheinlich.

Herausforderung 5: Soziale Gerechtigkeit und Reichtum – wohin führt die Unzufriedenheit?

Auch zukünftig wird nur eine kleine, von der Regierungspartei MPLA ausgewählte, Elite am Ölreichtum des Landes partizipieren. Die überwiegende Mehrzahl der Angolaner bleibt vom Wohlstand ausgeschlossen und erhält nur unzureichende Möglichkeiten, einen Bildungszugang, bezahlbaren Wohnraum, menschenwürdige Arbeit oder eine staatliche Gesundheits- oder Sozialversorgung zu erhalten. Der angolansische Aufschwung – das Wirtschaftswachstum betrug im Jahr 2010 rund acht bis neun Prozent – kommt bei der Mehrheit der Angolaner nicht an. Es gibt keine aktive und gut gebildete, informierte Mittelschicht, die politische, soziale und wirtschaftliche Reformen artikuliert und einfordert. Zwei Drittel der Bevölkerung haben weniger als zwei US-Dollar pro Tag und kämpfen ums Überleben. Es fehlt an Schulen, Lehrern, dem Zugang zu sauberem Trinkwasser, Krankenhäusern und einer ärztlichen Grundversorgung. Die brachliegende Landwirtschaft deckt den Eigenbedarf des Landes nicht ab. Das Lohnniveau stagniert und wird von der anhaltend hohen Inflation (in 2010 bei knapp neun Prozent) noch weiter nach unten gedrückt. Die Arbeitslosigkeit ist auch neun Jahre nach Ende des Bürgerkriegs besonders unter den jungen An-

golanern extrem hoch und bessere Perspektiven kaum in Sicht. Trotz des Ressourcenreichtums steht Angola im weltweiten Vergleich menschlicher Entwicklung katastrophal da: Der »Human Development Index« ermittelte für 2010 den 146. Rang von 169 untersuchten Ländern.²

Angola ist Mitte des Jahres weiterhin von Entwicklungen wie denen in Nordafrika entfernt. Kritische Aktivisten werden festgenommen oder bereits im Vorfeld eingeschüchtert. Alle zaghaften Aufrufe (meist anonym) zu Demonstrationen für mehr soziale Gerechtigkeit, niedrigere Preise, bessere Beschäftigungsmöglichkeiten oder politische Reformen stoßen nur auf ein verhaltenes Echo: Das allgemeine Bildungsniveau ist deutlich niedriger als in Nordafrika. Die Besserverdienenden des Landes profitieren oft vom herrschenden System und sind kaum an seiner Veränderung interessiert. Der bereits heute aufgeblähte und gleichzeitig ineffiziente öffentliche Sektor wird dabei hofiert. Für die Masse der Bevölkerung ist der erst 2002 zu Ende gegangene, Jahrzehnte währende Bürgerkrieg noch sehr präsent. Die Stabilität und Ruhe, die bei aller Kritik doch akzeptierten und den Wählerwillen widerspiegelnden Parlamentswahlen von 2008, das Ausharren in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Lage ist Ausdruck des Strebens der großen Mehrheit nach Frieden! So groß der Unmut und die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung auch sind, die Furcht vor den Folgen, die mit Massenprotesten und Gewalt einhergehen, verhindert zurzeit noch ein Aufbegehren gegen den Staatspräsidenten und das politische System.

Herausforderung 6: Korruptionsbekämpfung – wenig Hoffnungen auf Fortschritte.

Auch knapp zwei Jahre nach der vollmundigen Ankündigung »*Tolerância zero*« von Staatspräsident dos Santos gibt es keine signifikanten Fortschritte bei der Bekämpfung von Korruption. Sie ist allgegenwärtig: bei der Verkehrskontrolle, auf den Ämtern, aber ebenso in Politik und Wirtschaft.

Eine unabhängige Anti-Korruptionsbehörde existiert nicht, ebenso wenig ist eine Bewerbung Angolas zur EITI-Initiative Ziel offizieller Regierungspolitik. Die verschwommenen Grenzen zwischen Regierung und Partei in Kombination mit wirtschaftlichen Aktivitäten, der

2. <http://hdr.undp.org/en/statistics/>

weitgehend unkontrollierten Ausbeutung der natürlichen Ressourcen stellen ein ungeheuerliches Potenzial dar, das die Regierung zur Verfolgung politischer und persönlicher Interessen missbraucht. Unter anderem sichert sie sich dadurch – vom Militär bis zu Justiz – die Gunst der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen.

Der Perzeptionsindex für Korruption im Land gehört zu den höchsten der Welt – das Land rangiert auf dem 168. Platz von 178 untersuchten Ländern.³ Es fehlt an Informationen darüber, wie viel Geld aus den Erdölverkäufen eingenommen und an Transparenz, wofür es verwendet wird. Die intransparente Vergabe von Großaufträgen, die aufgeblasene Bürokratie und die Alltagskorruption werden Markenzeichen des Landes bleiben. Es ist damit zu rechnen, dass die Überschüsse aus den Erdölerlösen weiterhin weder effektiv in den Aufbau funktionierender Sozialsysteme noch in zukunftsgerichtete Maßnahmen für nachhaltige Entwicklung, wie Bildungsprogramme, investiert werden. Die bisherigen, oft minderwertig ausgeführten Investitionen im Infrastrukturbereich werden mittelfristig nichts daran ändern, dass Stromausfälle, Wassermangel, marode Straßen und Schienenwege überall im Land die Regel bleiben werden.

Herausforderung 7: Diversifizierte Wirtschaft – oder weiter Abhängigkeit vom Erdöl

Die kaum diversifizierte Wirtschaft trägt nicht zur Armutsreduzierung bei; die Rentenökonomie verschärft vielmehr die sozialen Unterschiede und vergrößert die Ungerechtigkeiten. Eine signifikante Änderung ist nicht in Sicht. Bisher bestehen bis zu 98 Prozent der angolischen Exporte aus Erdöl, Diamanten und sonstigen Rohstoffen. Diese brachten jedoch bislang keine nachhaltige Entwicklung für die nationale Wirtschaft – geschweige denn Arbeitsplätze. Es wird geschätzt, dass im gesamten Mineralsektor nur knapp 2,38 Prozent der arbeitenden Bevölkerung eine Beschäftigung finden.⁴ Ohne eine mittel- und langfristige Strategie zur Aus- und Weiterbildung der nationalen Bevölkerung sowie zur Diversifizierung der angolischen Wirtschaft wird sich die Arbeitsmarktsituation kaum ändern. Alle Ankündigungen der Regierung, unabhängiger vom Erdöl zu werden, verlau-

fen bislang erfolglos. Landwirtschaft, verarbeitende Industrie und Tourismus verharren im wirtschaftlichen Nischendasein. Mit knapp 340.000 Beschäftigten gilt der öffentliche Sektor als der wichtigste Arbeitgeber – allein 2010 fanden 6,34 Prozent mehr Menschen hier eine Arbeit.⁵ Nur im informellen Sektor und in der Arbeitslosigkeit finden sich mehr Menschen. Zu den größten Hindernissen der angolischen Wirtschaft werden weiterhin die fehlende Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität aller nicht rohstoffbezogenen Sektoren gezählt. Angola nimmt im »Index for Economic Freedom« trotz leichter Verbesserung nur Rang 154 von 179 Ländern⁶ ein, im »Doing Business-Index« der Weltbank belegt das Land den 163. Platz von 183 untersuchten Staaten (nur einen Platz besser als im Vorjahr) und ist damit eines der Schlusslichter, insbesondere im SADC-Raum. Der Regierung wird immer wieder das Fehlen von Analysefähigkeiten, unabhängigen Evaluierungsmechanismen und Kontrollgremien attestiert. Auch fehlt es an einem funktionierenden Rechnungshof sowie unabhängig arbeitenden Gerichten.

Fazit


Angola wird auch zukünftig mehr mit den innenpolitischen, ungelösten Herausforderungen beschäftigt sein, als dass es eine stärkere politische Führungsmacht in der Region des südlichen Afrikas einnehmen wird. Solange das Öl sprudelt und Abnehmer für das »schwarze Gold« zu finden sind, wird das Land hierauf den Fokus legen. Größeres kontinentales Engagement ist vor diesem Hintergrund nicht zu erwarten. Angola ist kein positives Beispiel für Demokratie, Rechtsstaat oder die Entwicklung einer sozialen Wirtschaftsordnung. Erst ein geordneter Wechsel an der Spitze des Staates böte neue Optionen, die Herausforderungen konsequent anzugehen und die innenpolitischen Probleme zu lösen. Soziale Fragen bekämen dann stärkeres Gewicht als die Stabilität der politischen Stagnation. Die Rohstoffvorkommen garantieren dem Land auch künftig eine wirtschaftliche Bedeutung – und damit auch ein gewisses Gewicht innerhalb Afrikas wie auch gute Beziehungen zu den rohstoffabhängigen Ländern, allen voran den USA, China und Indien. Die traditionell guten Beziehungen zu Brasilien lassen in

3. http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2010/results

4. Relatório Económico de Angola 2010, Centro de Estudos e investigação científica, S. 183

5. Relatório Económico de Angola 2010, Centro de Estudos e investigação científica, S. 199

6. <http://www.heritage.org/index/ranking>



Angola die Hoffnung keimen, zur neuen Generation der aufstrebenden Länder zu zählen. Ohne gesellschaftspolitische Reformen und mehr Freiheiten bleibt das politische Gewicht auf internationaler Ebene aber gering. Südafrika, Kenia und Nigeria werden auf absehbare Zeit politisch als bedeutsamere Länder Afrikas wahrgenommen werden als Angola.

Die demokratische Transformation steht Angola noch bevor, aber aktuell weisen die Zeichen in eine andere Richtung. Von guter Regierungsführung ist das Land weit entfernt. Es stellt sich die Frage, ob Deutschland und seine europäischen Partner aus ihren Fehlern in anderen Teilen der Welt gelernt haben. Werden zukünftig trotz oder gerade wegen der wirtschaftlichen Interessen und des Reichtums an Öl und Bodenschätzen verstärkt demokratische Werte eingefordert, die Achtung der Menschenrechte angemahnt, der soziale Ausgleich unterstützt sowie die Presse- und Informationsfreiheit

befördert? Zweifel sind angebracht. Zu befürchten ist, dass weiterhin autokratische Strukturen mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der vermeintlichen Stabilität in diesen Ländern – die immer nur der regierenden Elite etwas nützt – toleriert werden. Angola braucht aufgrund der eigenen Ölreserven und weiter steigenden Handels die westlichen Partner nicht; nicht mehr oder noch nicht. Umgekehrt sieht es hingegen anders aus.

Ohne gesellschaftspolitische Reformen, ohne politische Freiheiten und die Partizipation an Entscheidungen, ohne Angebote und Wahlmöglichkeiten wird sich Angola jedoch nicht als sicheres Land für die eigene Bevölkerung, für die Region des südlichen Afrikas oder für den Kontinent entwickeln. Nur wenn nicht mehr allein auf Stabilität und Wirtschaftsinteressen gesetzt wird, sondern die Entwicklung eines demokratischen Systems vorangetrieben und pluralistische Prozesse unterstützt werden, kann dies gelingen.



Über den Autor

Oliver Dalichau ist seit 2010 Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Luanda/Angola und leitete zuvor das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Antananarivo/Madagaskar.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Entwicklungszusammenarbeit | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Michèle Auga, Leiterin, Referat Afrika

Tel.: ++49-30-269-35-7488 | Fax: ++49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen
Ingo.Gertner@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-799-9